

## REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Sandro Witt, stellv. Vorsitzender DGB Hessen-Thüringen  
**„Gerechtigkeit, Vielfalt, Solidarität“**

*Auszüge aus der Rede am 1. Mai 2018 in Erfurt*

In seiner Rede ging Witt auf die Ankündigung des Thüringer Wirtschaftsministers Wolfgang Tiefensee (SPD) ein, im Zuge der Evaluierung des **Tariftreue- und Vergabegesetzes** einen vergabespezifischen Mindestlohn in Höhe von 9,54 Euro ins Gesetz schreiben zu wollen.

„Wir begrüßen, dass das Land Thüringen sich auf den Weg macht und als öffentlicher Auftraggeber mit gutem Beispiel voran gehen will. Mindestens genauso wichtig wie ein vergabespezifischer Mindestlohn aber ist, dass die Einhaltung des Gesetzes durch eine landeseigene Prüfbehörde gewährleistet wird, sonst steht der Lohn zwar im Gesetz, findet sich aber nicht in der Geldbörse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder.“

Eine große Baustelle ist und bleibt das Thema **Tarifbindung** darüber hinaus, so Witt. In Thüringen sei nur noch jeder fünfte Betrieb tarifgebunden; Thüringer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten die längsten Arbeitszeiten und zugleich geringsten Verdienste. „Es ist einzig den Thüringer Gewerkschaften zu verdanken, dass die Tarifbindung in Thüringen nicht gänzlich verschwindet. Die Arbeitgeber sind aufgerufen, ihren Teil beizutragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Ausweitung der Tarifbindung bedeutet für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessere Löhne und eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen. Unternehmen gehen dabei ganz sicher nicht leer aus. Denn, wer auf Innovation und Qualität statt auf Kampfpreise und Lohndumping setzt, ist klar im Vorteil – auch dann, wenn es um die Fachkräftesicherung geht.“

Mit Blick auf die noch bis zum 30. Mai stattfindenden **Betriebsratswahlen** rief Witt die Beschäftigten auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und ihre betriebliche Interessensvertretung zu bestimmen. „Alle Beschäftigten dürfen wählen – unabhängig von ihrer Nationalität. Die Behinderung von Betriebsratswahlen ist kein Kavaliersdelikt, sondern kriminell und muss juristisch geahndet werden. Die Gewerkschaften im DGB Verbund sind stark durch ihre starken Werte: Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Nur damit lässt sich sozialer Zusammenhalt herstellen.“

**Jasmin Romfeld**

Pressesprecherin  
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

[jasmin.romfeld@dgb.de](mailto:jasmin.romfeld@dgb.de)

Telefon: 069 273005-52  
Telefax: 069 273005-55

jr/ske

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77  
60329 Frankfurt

<http://hessen-thueringen.dgb.de>

Der DGB setze sich ein für ein **gerechtes Steuersystem** und einen **öffentlichen Dienst**, der über ausreichend Personal und eine gute Ausstattung verfügt, um seine Aufgaben bürgernah erfüllen zu können.

„Wer viel hat, muss mehr zum Gemeinwesen beitragen als jene, die nicht über große Vermögen und Einkünfte verfügen. Es kann nicht sein, dass Schulen verfallen, in Straßen Löcher klaffen, Stellen im öffentlichen Dienst zeitweise oder dauerhaft nicht besetzt werden, weil dem Land und den Kommunen die Einnahmen fehlen. Echte Reformen – konjunktur-unabhängig - sind da mehr als überfällig. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften und höhere Steuern auf Spitzeneinkommen. So erreichen wir, dass der Staat wieder das Geld zur Verfügung hat, das er dringend für Investitionen und die Erfüllung seiner Dienstleistung gegenüber den Menschen braucht.“ Nur so könne der zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen Einhalt geboten werden.

Obwohl die Wirtschaft brummt und die Staatsfinanzen solide sind wie lange nicht mehr, klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, so Witt weiter. Viele Menschen hätten den Eindruck, dass es nicht gerecht zugeht. Rechtspopulisten würden diese Stimmung mit ihren rassistischen Parolen und nationalistischen Ressentiments aufgreifen. Sie hätten jedoch nichts anzubieten, das zu mehr Gerechtigkeit oder einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beiträgt. „Ob im Betrieb oder in der Gesellschaft: Wir lassen uns nicht von einer Minderheit aus der rechten Ecke spalten. Sie sind nicht das Volk. Wir werden gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in der Politik und in der Gesellschaft zusammenarbeiten. Für eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft, in der kein Platz mehr ist für die Rechtspopulisten mit ihren menschenfeindlichen und rassistischen Parolen!“